

Gleichberechtigung für Frauen erkämpfen!

Ob Hartz IV, Gesundheits-, Rentenreform oder weitere Kürzungen im Sozialbereich: Ziel der Regierung ist es, Arbeitgeber und Reiche zu entlasten, indem abhängig Beschäftigte und Erwerbslose draufzahlen müssen. Dabei ist es gleichgültig, ob schwarz-gelb oder rot-schwarz ab September regiert: Die Umverteilung von unten nach oben wird weitergehen. Frauen sind von dieser Politik des Sozialkahlchlags besonders heftig betroffen.

Frauen und Sozialkahlchlag

Hartz IV treibt Frauen noch tiefer in die ökonomische Abhängigkeit ihrer Ehemänner oder Lebensgefährten. Wenn sie arbeitslos werden, erhalten sie aufgrund ihrer oftmals niedrigeren Löhne sofort ALG II statt ALG I. Im schlimmsten Fall kommt es dazu, dass die Frau wegen der Anrechnung des Partnereinkommens noch nicht einmal Anspruch auf ALG II hat, damit nicht selbständig krankenversichert ist und vollständig aus der Arbeitsförderung herausfällt.

Ein-Euro-Jobs werden vor allem im sozialen Bereich geschaffen, in Kindergärten, Altenheimen oder im öffentlichen Gesundheitswesen. Gerade in diesen Bereichen ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten besonders hoch. Reguläre Stellen werden zu Gunsten von Zwangsarbeit zu Niedriglöhnen vernichtet.

Entgeltdiskriminierung

Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich treffen Frauen noch härter als Männer, weil Frauen über ein geringeres Einkommen als Männer verfügen. Sie verdienen im Durchschnitt 30 Prozent weniger. Dies liegt daran, dass Berufe, in denen mehrheitlich Frauen beschäftigt sind, schlechter bezahlt werden. Zudem stehen viele Frauen wegen ihrer Mehrfachbelastung durch Erziehung und Haushalt in Teilzeitbeschäftigungen, 90 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Auch die meisten der seit April 2003 eingeführten Minijobs sind Frauenarbeitsplätze. Aufgrund der niedrigeren Löhne erhalten Frauen auch geringere

Lohnersatzleistungen und kleinere Renten. Frauendominierte Branchen sind außerdem oftmals ungenügend gewerkschaftlich organisiert.

Frauen und Kinder

Trotz Frauenbewegung liegt auch die Hauptlast für Hausarbeit und Kinderbetreuung noch bei den Frauen. In der Bundesrepublik Deutschland werden jährlich etwa 60 Milliarden Stunden Erwerbsarbeit, aber 95,5 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit in den privaten Haushalten geleistet. Frauen bringen etwa zwei Drittel ihrer gesamten Arbeitsleistung im privaten Bereich ein, Männer ein Drittel.

Durch Sozialkürzungen, wie beispielsweise bei Kitas und Kindergärten wird diese Belastung noch vergrößert. Der §218 und die damit verbundene Zwangsberatung "zum Schutz des ungeborenen Lebens" spricht Frauen noch immer die Kontrolle über ihren eigenen Körper ab.

Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen in ihrem privaten Umfeld und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sind nach wie vor weit verbreitete Phänomene. Nahezu 70 Prozent aller berufstätigen Frauen werden Opfer von sexuellen Belästigungen. In den EU-Ländern wird mindestens jede fünfte Frau im Laufe ihres Lebens Opfer von Gewalt seitens ihres Ehemannes oder Lebensgefährten. Gleichzeitig werden die Gelder für Frauenprojekte, Beratungsstellen oder Frauenhäuser massiv gestrichen. Viele Einrichtungen mussten bereits schließen oder stehen kurz davor.

Frauen und Männer: Gemeinsam kämpfen!

Auch wenn die Frauen- und Arbeiterbewegung vieles an der Situation von Frauen verbessert hat, sind Frauen heute nicht gleichberechtigt. Doch wer hat an der Schlechterstellung von Frauen das größte Interesse? Wenn Frauen für niedrige Löhne arbeiten, profitieren davon nicht die männlichen Beschäftigten, sondern die Arbeitgeber. Frei nach dem Motto: "Teile und Herrsche" wird versucht, Frauen und Männer ähnlich wie MigrantInnen und Deutsche oder Jung und Alt gegeneinander auszuspielen. Denn wer gespalten ist, kann nicht gemeinsam für seine/ihre Interessen eintreten. Deshalb steht die WASG für einen gemeinsamen

Kampf von Frauen und Männern, um die Benachteiligung von Frauen zu beenden und das Recht von Frauen und Männern auf eine lebenswerte Zukunft durchzusetzen – in einer Gesellschaft, in der nicht das Kapital, sondern die Bedürfnisse von Mensch und Natur regieren.

Die WASG fordert:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Rücknahme aller Sozialkürzungen der rot-grünen Bundesregierung
- Weg mit Hartz I-IV
- Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in reguläre sozialversicherungspflichtige 10-Euro-Jobs
- Mindestsicherung und -rente von 750 Euro plus Warmmiete für alle
- Gesetzlicher Mindestlohn von 1500 Euro
- Gleiche Rechte und volle tarifliche Absicherung für Teilzeitbeschäftigte
- Kostenlose Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder aller Altersgruppen
- Kostenlose und ausreichende Kindergarten-, Krippen- und Hortplätze
- Recht auf Schwangerschaftsabbruch: Weg mit der Zwangsberatung – Weg mit § 218!
- Bereitstellung von Bundes- und Landesmitteln zum Erhalt von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Frauen- und Mädchenberatungsstellen

WASG – Die soziale Alternative in Bund und Berlin

Darum am 18. September:

Linkspartei wählen und bei der WASG mitmachen!